

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

25.05.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Ein Fünftel der Industrie-Energie in MV aus Erneuerbaren</b> <i>nordkurier.de, 24.05.2023</i> .....	3
2   <b>Kleineres LNG-Terminal wird im Rostocker Hafen gebaut</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.05.2023</i> .....	4
3   <b>Klimastiftung: Grüne für Pegel-Rücktritt</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.05.2023</i> .....	5
4   <b>LNG: Grüne hinterfragt Habeck-Plan</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.05.2023</i> .....	6
5   <b>Atommüll-Transporte aus Jülich nach Ahaus ab 2024 möglich</b> <i>wdr.de, 23.05.2023</i> .....	7

 nordkurier.de | 24.05.2023 dpa WEBLINK

## Ein Fünftel der Industrie-Energie in MV aus Erneuerbaren

*Der Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch der Industrie in Mecklenburg-Vorpommern liegt seit Jahren weitgehend unverändert bei rund 20 Prozent — allerdings ohne Strom. Das Statistische Landesamt veröffentlichte am Mittwoch Zahlen für 2021.*

Der Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch der Industrie in Mecklenburg-Vorpommern liegt seit Jahren weitgehend unverändert bei rund 20 Prozent — allerdings ohne Strom. Das Statistische Landesamt veröffentlichte am Mittwoch Zahlen für 2021. Danach kamen 19,6 Prozent aus erneuerbaren Quellen wie Holz, Biogas, Geothermie oder Solarthermie.

Dies ist eine leichte Steigerung zu den beiden Vorjahren, als es dem Amt zufolge 19,4 Prozent (2020) beziehungsweise 18,8 Prozent (2019) waren. Der bisher höchste Anteil war 2014 mit 21,6 Prozent gemessen worden — damals kamen 4,9 Millionen Gigajoule aus Erneuerbaren. Im Jahr 2021 waren es den Angaben zufolge 4,6 Millionen Gigajoule.

Insgesamt verbrauchte die Industrie in MV 2021 rund 23,5 Millionen Gigajoule Energie — ein neuer Höchststand. Davon stammten laut Statistischem Landesamt 37 Prozent aus Erdgas, 29,1 Prozent aus Strom, 19,6 Prozent aus Erneuerbaren, 9,3 Prozent aus Wärme einschließlich Dampf, 2,8 Prozent aus Kohle und 1,6 Prozent aus Erdöl.

Welcher Anteil vom verbrauchten Industrie-Strom aus erneuerbaren Quellen stammt, gibt das Amt nicht an. Das werde nicht gesondert erhoben, sagte eine Sprecherin. In Mecklenburg-Vorpommern lag der Öko-Anteil an der gesamten Stromproduktion 2020 bei 85,6 Prozent — rund 15 500 Gigawattstunden. Eine Gigawattstunde entspricht 3600 Gigajoule.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.05.2023 | S. 1

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Axel Büssem

## ENERGIEVERSORGUNG

# Kleineres LNG-Terminal wird im Rostocker Hafen gebaut

## Brandenburger Firma übernimmt einst russisches Projekt / Kein Ersatz für Rügen-Plan

Rostock soll nun doch ein LNG-Terminal bekommen. Nachdem frühere Pläne, im Überseehafen ein Terminal für die Betankung von Lkw mit russischem Flüssiggas zu errichten, gescheitert waren, hat sich jetzt ein neuer Investor gefunden.

Das Schweriner Wirtschaftsministerium lässt allerdings keine Hoffnung bei LNG-Gegnern auf der Insel Rügen aufkommen: Das Rostocker Projekt sei viel zu klein, um die umstrittenen Pläne für ein Terminal auf der Insel überflüssig zu machen.

Die brandenburgische Firma Barmalgas will noch in diesem Jahr mit dem Projekt beginnen und ab Frühjahr 2026 verflüssigtes Erdgas entladen, in gasförmigen Zustand überführen und ins Netz einspeisen. 800 000 Tonnen jährlich, wie das Unternehmen am Mittwoch bekanntgab, das entspräche einem Volumen von 1,5 Milliarden Kubikmetern Gas. Zum Vergleich: Vom Hafen Mukran aus soll den Plänen der Bundesregierung zufolge bis zur zehnfachen Menge eingespeist werden.

In Rostock soll zudem Biomethanol verflüssigt und auf Tankwagen verladen werden. Die Infrastruktur werde zudem darauf vorbereitet, Bunkerschiffe mit LNG zu beladen, die dann wiederum andere Schiffe betanken können.

Barmalgas hatte das Projekt nach eigenen Angaben Ende April übernommen. Betreiber bleibt demnach die Firma Rostock Energy GmbH. Genehmigungen für Bau und Betrieb der Anlage lägen vor.

Über die Höhe der Investitionen machte das rein privat geführte Unternehmen keine Angaben. Es hieß nur, dass Investoren und strategische Partner mit ins Boot geholt werden sollen.

Woher das LNG stammen wird, ließ das Unternehmen offen. Die bis zu 70 000 Tonnen Biomethanol wiederum sollen aus agrarischen Biogas-Anlagen in ganz Deutschland nach Rostock gepumpt werden.

Für die Verladung des Biomethanols sind vier Stationen vorgesehen, von denen aus das Gas an BioLNG-Tankstellen geliefert werden sollen. Die Menge reiche für den Betrieb von 3000 Lkw. Barmalgas betreibt selbst eine Kette von 26 Tankstellen mit insgesamt rund 2000 Kunden.

Aus dem Schweriner Wirtschaftsministerium hieß es: „Es handelt sich bei der geplanten Anlage um eine eher kleinere Anlage für LNG als alternativen Kraftstoff für den Seeverkehr und Transportsektor.“

Die Rostocker Hafengesellschaft betonte, die Angebotsphase der Ausschreibung für das Projekt sei noch nicht abgeschlossen. Vorher wolle man sich zum Investor nicht äußern.

Ursprünglich wollte der russische Energieriese Novatek gemeinsam mit dem belgischen Unternehmen Fluxys das Terminal im Rostocker Überseehafen bauen. Das LNG sollte aus dem russischen Hafen Wyborg kommen. Doch das Projekt wurde im September 2021 gestoppt.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.05.2023 | S. 16

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz, Andreas Meyer

## DEN LANDTAG BELOGEN?

# Klimastiftung: Grüne für Pegel-Rücktritt

## Eine E-Mail von 2020 bringt den Politiker unter Druck. Damals erhielt sein Energieministerium Infos zur Firma Rokai.

Hat Innenminister Christian Pegel (SPD) zu Hintergründen der umstrittenen Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV gelogen? Das unterstellen die Grünen und fordern den Rücktritt des Ministers.

Stein des Anstoßes ist eine Antwort des Innenministeriums auf eine schriftliche Anfrage des Grünen-Abgeordneten Hannes Damm. Der wollte wissen, welche Informationen die Landesregierung rund um die Rokai GmbH hat, eine Firma, die für die Klimastiftung in Rostock einen Kai betrieb und die Fertigstellung der Erdgaspipeline Nord Stream 2 massiv unterstützte. Rokai soll 36 Millionen Euro erhalten haben.

„Keine Informationen“ lägen der Regierung dazu vor, ließ Pegel im März 2022 antworten - also kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Das ist, wie heute bekannt, nicht die Wahrheit. Denn bereits im Dezember 2020 ist ein Konzept von Rokai von der Hansestadt Rostock an das damalige Energieministerium gegangen - per E-Mail. Zuständiger Minister war Pegel.

Pegel bestätigt jetzt die Existenz dieser Mail. Diese sei am 15. Dezember 2020 an das Ministerium übermittelt worden. Die Stadt Rostock habe um eine Einschätzung zu etwaigen „politischen Bedenken“ der Landesregierung gebeten. Pegels Erzählung dazu: Die Verkehrsabteilung des Energieministeriums, heute im Wirtschaftsministerium angesiedelt, habe die Mail erst später - nach wiederholter Prüfung - „erschließen können“. Widersprüchlich: Pegel räumt auch ein, damals persönlich Kenntnis von der Mail gehabt und zu dieser geantwortet zu haben.

Der Vorgang bringt Pegel unter Druck, denn Ministeri-

en müssen dem Landtag nach bestem Wissen antworten. Das sei nachweislich nicht geschehen, sagt Harald Terpe, Grünen-Fraktionschef im Landtag. Es liege eine „Verletzung, ein Bruch der Verfassung vor“. Terpe: „Damit ist eine rote Linie überschritten. Wir fordern den Minister auf, von seinem Amt zurückzutreten.“ Grünen-Landeschef Ole Krüger erklärt: „Das Vertrauen ist schwer erschüttert.“ Schließlich sei Pegel jetzt als Innenminister auch der „zuständige Verfassungsminister“. Pegel wiederholt seine Darstellung: Es habe „keine Beteiligung des Landes an operativen Tätigkeiten“ beim Pipelinebau gegeben. Es seien „wissentlich und willentlich“ keine relevanten Informationen gegenüber dem Landtag zurückgehalten worden. Auf die Rücktrittsforderung hat er auch nach OZ-Anfrage nicht reagiert. Stattdessen antwortet SPD-Fraktionschef Julian Barlen: Die Forderung sei „absurd“ und „Teil einer Schmutzkampagne“.

Das wollen die Grünen so nicht stehen lassen. Die Antwort auf seine Anfrage von 2022 sei „klar eine Falschaussage“, so Damm.

Pegel habe bei der Beantwortung gegenüber Mitarbeitern sogar angeregt, dass eine umfassende Antwort gestrichen wurde. Dies gehe aus Unterlagen hervor.

Von einem „Skandal“ spricht CDU-Landtagsabgeordneter Sebastian Ehlers. „Der Verdacht auf eine gemeinschaftliche Verabredung zur willentlichen Täuschung des Parlaments durch Mitglieder der Landesregierung erhärtet sich.“ Auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Finanzminister Heiko Geue (beide SPD) hätten es versäumt, „reinen Tisch zu machen“. Stattdessen habe die Regierung Informationen „maximal heruntergespielt“.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.05.2023 | S. 17

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Heidmann Daniel

## ZWEIFEL AUS DER EIGENEN PARTEI

# LNG: Grüne hinterfragt Habeck-Plan

**Der Bund plant, die Anlandestelle für Flüssiggas im Hafen von Mukran zu errichten. Nun hat aber Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) gefordert, Überkapazitäten zu vermeiden und den Umweltschutz nicht zu vernachlässigen.**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) stößt mit seinen LNG-Plänen auf Rügen nun auch auf Widerstand in der eigenen Partei. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hinterfragt in einer Protokollerklärung der Bundesregierung zur Änderung des LNG-Gesetzes die Notwendigkeit des Flüssiggasterminals, der im Hafen von Mukran entstehen soll. Das berichtet die „Süddeutsche Zeitung“.

„Ich gehe davon aus, dass bei der Festlegung von Standorten für LNG-Terminals ein sorgfältiger Bedarfsnachweis erfolgt, der Überkapazitäten vermeidet“, schreibt Lemke darin. Sie betont, dass das Gesetz nicht zu einem „Standardabbau beim Umweltschutz führen“ dürfe. Zuvor hatte es eine längere Kontroverse

zwischen Habecks Wirtschafts- und Lemkes Umweltministerium gegeben. Damit befeuert Steffi Lemke die Diskussion darüber, ob es das Terminal auf Rügen wirklich braucht. Eine Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts der Uni Köln, die das Bundesministerium für Wirtschaft in Auftrag gegeben hatte, bezweifelte die Notwendigkeit. Auch die EU-Kommission hatte die Bundesregierung laut ARD-Recherchen schon darüber informiert, dass zwei LNG-Terminals ausreichend seien und man Überkapazitäten fürchte. Das Habeck-Ministerium kalkuliert laut einem Bericht an den Haushaltsausschuss bei Realisierung aller LNG-Projekte bis 2027 mit einem „Sicherheitspuffer“ von 30 Milliarden Kubikmeter Gas.



📅 wdr.de | 23.05.2023

🔗 WEBLINK

## Atommüll-Transporte aus Jülich nach Ahaus ab 2024 möglich

*Die Entsorgungsgesellschaft Nuklearanlagen geht davon aus, dass der Atommüll aus dem Zwischenlager in Jülich ab Frühjahr 2024 nach Ahaus transportiert wird. Die dafür erforderliche Genehmigung wird in Kürze erwartet.*

Die Verlagerung der 152 Castor-Fässer mit hochradioaktiv strahlenden Brennelementkugeln aus dem abgeschalteten Jülicher Versuchsreaktor nach Ahaus sei die Option, die am schnellsten umgesetzt werden könne, sagte ein Sprecher der Entsorgungsgesellschaft Nuklearanlagen (JEN).

Das bestätigen auch drei Bundesministerien in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages: "Nach Ansicht der Beteiligten sprechen derzeit viele Gründe dafür, die Ahaus-Option vor dem Hintergrund der atomrechtlich angeordneten unverzüglichen Räumung und im Sinne eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes als vorzugswürdige Option gegenüber der Neubau-Option einzuordnen."

### Zwischenlager Jülich 10 Jahre ohne Genehmigung

Zum Hintergrund: Seit zehn Jahren ist die Genehmigung für das Atommüll-Zwischenlager ausgelaufen. Und so lange gibt es auch schon die Anordnung zur Räumung. Voraussetzung dafür ist aber eine Transport-Genehmigung des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Die JEN geht davon aus, dass die Genehmigung in Kürze erfolgen wird. Damit wäre der Weg frei für den Transport des Atommülls ins Münsterland - eigentlich.

Denn ein paar Stolpersteine könnten das Projekt noch weiter verzögern. Das ist einmal die Klage der Stadt Ahaus gegen die Einlagerung der Castor-Fässer aus Jülich. Ein Urteil könnte zum Jahresende erfolgen. Und es könnte sein, dass Anwohner gegen die Transporte

klagen, sobald bekannt ist, welche Straßen betroffen sein werden. Das ist derzeit noch Verschlussache.

Auch rechnen die Behörden mit erheblichen Protesten von Atomkraftgegnern und Klimaschützern. Ob dann über einen Zeitraum von etwa zwei Jahren genügend Polizeikräfte zur Verfügung stehen, um die Transporte zu sichern, ist offen.

### 152 Transport-Fahrten nach Ahaus

Immerhin plant die JEN aktuell 152 Fahrten: Eine Fahrt pro Castor-Fass auf einem Tieflader mit spezieller Sicherheitstechnik und entsprechenden Begleitfahrzeugen. Die Polizei könnte aber nach eigenem Ermessen auch Konvois anordnen, sagt JEN-Sprecher Jörg Kriewel. Und sie kann auch bei den Transport-Zeiträumen mitreden. Großereignisse wie die Fußball-EM im kommenden Jahr könnten viele Polizeikräfte binden, die dann nicht für Atommüll-Transporte zur Verfügung stünden.

Für die Räumung des alten Zwischenlagers in Jülich rechnet der Bund mit Gesamtkosten von mehr als 200 Millionen Euro. Der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich würde nach Schätzungen der JEN mindestens 450 Millionen Euro kosten. Bezugsfertig wäre es erst 2032. Diese Lösung soll weiterverfolgt werden, bis klar ist, ob die Ahaus-Option tatsächlich realisiert wird.

Aber "die Beteiligten sind sich einig, dass die parallele Weiterverfolgung so bald wie möglich zu beenden ist", heißt es in dem Bericht der drei Bundesministerien an den Haushaltsausschuss.